



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Keine Zustimmung zum Fiskalpakt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf im Bundesrat dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalpakt) nicht zuzustimmen.

Begründung:

Der Fiskalpakt entmachtet den Bundestag in der zentralen politischen Frage der Haushaltsautonomie. Mit der Aufgabe der Budgethoheit des Parlaments als Kernbestandteil der Demokratie wird die Demokratie selbst in Deutschland zur Disposition gestellt. Nach der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts würde die Landesregierung in einen Verfassungsbruch einwilligen.

Die demokratisch nicht hinreichend legitimierte europäische Exekutive erhält durch den Vertrag in Fragen der nationalen Haushaltsaufstellungen eine starke Vetoposition. Auch das ist mit der demokratischen Tradition Europas nicht vereinbar.

Die praktische Unkündbarkeit des Vertrages gibt den formulierten Fiskalregeln das gleiche rechtliche Gewicht wie sie die mit Ewigkeitsgarantie ausgestatteten Artikel 1 – 20 im Grundgesetz genießen. Auch das ist verfassungsrechtlich hoch problematisch.

Die neuen Fiskalregeln können rasch dazu führen, dass die bisherige Planung im Zeithorizont bis 2020 hinfällig wird, weil die Defizitgrenze von 0,5% des Bruttoinlandsproduktes für die Verschuldung nicht nur von Bund und Ländern, sondern auch für Kommunen und Sozialversicherungen und ab 2013 gilt.

Uli Schippels
und Fraktion